

Wörter:	1575	Medienkanal:	PRINT
Autor:	TEXT VON LUKAS KOPEREK UND LARA WERNIG	Mediengattung:	Zeitschrift/Magazin
Seite:	62, 63, 64	Ausgabentyp:	Einzelausgabe
Rubrik:	BÜROKRATIE/Wirtschaft	Auflage:	227306 (gedruckt) ¹
Jahrgang:	2024		240330 (verkauft) ¹
Nummer:	0704		244450 (verbreitet) ¹
Datum:	04.07.2024	Reichweite:	3.11 (in Mio.) ²

¹ IVW 1/2024
² AGMA ma 2024 Pressemedien I

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten.
Quellurl:
Diese Publikation hat keine Bildrechte

Im Reich der Papiertiger

Seit Jahrzehnten wuchert in Deutschland der Dschungel der Bürokratie und lähmt längst auch die Wirtschaft. Wie könnte man das Paragrafen-Dickicht noch lichten? Wir haben drei Fachleute gefragt, die Lösungen anbieten

Hilft Digitalisierung gegen den Akten-Wahnsinn? Anfang des Jahres gab es in Deutschland 1792 Bundesgesetze – 121 mehr als vor zehn Jahren

Illustration: Alexander Glandien für FOCUS-Magazin

Das Ziel war schon 1994 klar formuliert. „Staat schlanker machen – Bürokratie abbauen“, schrieben CDU, CSU und FDP vor 30 Jahren in ihrer Koalitionsvereinbarung. Viel wurde seither diskutiert über zu viel Bürokratie – und vor allem: ihren Abbau. SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündete im Jahr 2001: „Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger.“

Auch seine Nachfolgerin Angela Merkel machte sich die Domestizierung des Papiertigers zur Aufgabe: „Wir nehmen uns klare Reduktionsziele vor“, versicherte sie 2005 in ihrer Regierungserklärung. Und der aktuelle Bundeskanzler Olaf Scholz versprach den Landwirten noch zu Beginn dieses Jahres, den „unglaublichen Vorschriftendschungel“ zu lichten.

Wo Staat und Bürger sich einig sind

Der gute Wille scheint da zu sein. Und ausnahmsweise sind sich Bürger und Staat mal fast uneingeschränkt einig. In einer aktuellen Umfrage geben über 92 Prozent der Menschen an, der bürokratische Aufwand sei in Deutschland zu hoch. Bei etwa 43 Prozent der Befragten lösen bürokratische Erfordernisse echte Wut aus. Wenn sich alle so einig sind, woran hakt es dann? Ist es schlicht unmöglich, Bürokratie nachhaltig abzubauen?

Fakt ist schließlich: Auch nach mittlerweile vier Bürokratieentlastungsgesetzen – schon die Namen wirken ja oft ähnlich knöchern wie das, was die Gesetze verhindern sollen – ähnelt die Republik einem Goliath, der in einem stramm sitzenden Netz aus Regeln und Gesetzen zu ersticken droht. Dabei gäbe es durchaus Lösungen.

Eva Bruch kennt einige davon. Sie managt die Strategische Verwaltungsmodernisierung bei der Firma PD – Berater der öffentlichen

Hand. Bund, Länder und Kommunen setzen auf ihre Hilfe beim Bürokratieabbau. Die Komplexität des Themas nehme laufend zu, sagt sie. Dabei sei es nicht so, also würde niemand etwas unternehmen. Bruch hat auch viel Lob übrig, sogar für die viel gescholtene EU.

„Ich nehme auch viele hilfreiche Impulse aus Brüssel wahr, etwa die ‚Once-Only-Regelung‘.“ Die besagt, dass Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen der Verwaltung viele ihrer Standardinformationen künftig nur noch einmal mitteilen müssen. „Ich finde das uneingeschränkt gut, denn das führt zu einer großen Vereinfachung“, so Bruch.

In der Praxis funktioniert das so: Das Einwohnermeldeamt weiß zum Beispiel, wo eine Person wohnt. Aktuell muss die ihre Adresse trotzdem immer und immer wieder in Formularen angeben, etwa bei einem Bafög-Antrag. Ab Ende 2025 wird sich das Bafög-Amt einfach direkt an das Einwohnermeldeamt wenden und die

Information dort selbst einholen – natürlich nach Zustimmung der Person.

Von dieser Brüsseler Innovation ist Bruch also überzeugt, doch das grundlegende Problem bleibe: „Wir Bürgerinnen und Bürger wünschen uns andauernd neue Dinge. Der Gesetzgeber kippt andauernd neue Aufgaben in die Verwaltung, ohne sich klarzumachen: Wie soll das eigentlich gemacht werden?“, erklärt sie. Wie schnell ein einzelnes Gesetz einen riesigen Aufwand verursachen kann, zeigt das berüchtigte Heizungsgesetz. 12,5 Milliarden Euro kostete es Wirtschaft, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger einmalig. Damit machte das Gesetz einen erheblichen Anteil der 23,7 Milliarden Euro „Erfüllungsaufwand“ deutscher Gesetzesvorhaben fürs vergangene Jahr aus. Ein Rekord!

Da hilft laut Bruch auch nicht die Onein-one-out-Regel, die schon seit 2015 in Deutschland besagt: Für jedes neue Gesetz muss ein altes

abgeschafft werden. „Das packt nicht die Wurzel des Problems“, sagt Bruch. Es brauche einen größeren systemischen Ansatz. Auch mit One-in-one-out sind die Bürokratiekosten in den vergangenen zwei Jahren weiter gestiegen.

Die Verwaltung könnte clever Jobs sparen

Eva Bruch empfiehlt einen ganzheitlicheren Ansatz. Als größte Herausforderung nennt sie den Personalabbau in der Verwaltung. Der demografische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel treffen die öffentliche Hand stark. In den nächsten Jahren müssten 20 Prozent der Stellen abgebaut werden, aber: „Es darf kein Zufall sein, an welcher Stelle Leute gehen“, sagt Bruch. Also besser dort sparen, wo es lohnt. Die Behörden sollten ihrer Meinung nach die Personalplanung strategischer angehen. Dafür müsse sich die Verwaltung umstrukturieren – und zugleich produktiver werden.

Das „Einer für Alle“-Prinzip (EfA) soll dabei helfen. Bislang dachten viele Behörden nur für sich. Brauchten sie beispielsweise eine neue Software, so schrieben sie selbst einen Auftrag dafür aus. Unnötig kompliziert! Nach EfA würden sie sich erst einmal umhören: Arbeitet eine andere Behörde vielleicht schon mit einer solchen Software? Könnte man sich da nicht anschließen? Die besten Lösungen sind oft die einfachsten. Überhaupt plädiert Bruch dafür, bei den ganz grundsätzlichen Regeln anzusetzen. Viele Massenaufgaben seien derzeit lokal organisiert. An sich sei das nicht falsch: Die Kommunen sollen den nahen Bürgerkontakt pflegen. Doch der Technik-Aspekt sollte zentral organisiert sein. Wofür braucht Deutschland etwa 5000 verschiedene Melderegister? Besonders kleine Gemeinden sind ohnehin oft mit solchen Aufgaben überfordert, weil ihnen schlicht geschultes Personal fehlt. „Da betreut auch mal der Förster nebenbei die Technik“, so Bruch.

Ursula von der Leyen Die EU-Kommissionspräsidentin kündigte mehrmals an, Bürokratie abbauen zu wollen. Doch in der ersten Amtszeit der CDU-Frau entstanden stetig mehr Regularien

Foto: REUTERS

KI hilft bei der Suche nach zu viel Regeln

Neben den Kommunen sind hiesige Firmen Hauptleidtragende der überbordenden Bürokratie. Wohl jede Führungskraft hat mittlerweile etliche absurde Geschichten aus dem eigenen Alltag parat, die an Kafka-Romane erinnert. Wie groß das Problem tatsächlich ist, hat die Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart in einer aktuellen Umfrage ermittelt.

Die Unternehmen bewerteten die Belastung auf einer Skala von eins bis zehn mit einer 7,8. Im Jahr 2019 lag dieser Wert noch bei 5,3. Ausgeprägte Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflichten und die Vorgaben des Datenschutzes kosten dabei am meisten Zeit. Für kleinere

Firmen ist das besonders aufwendig. Betriebe mit bis zu 20 Mitarbeitenden benötigten für die Bürokratie über zehn Stunden in der Woche.

Der Frust ist groß. Das hat die IHK Region Stuttgart erkannt und bittet die Unternehmen ihrer Region nun laufend, ihre konkreten bürokratischen Belastungen zu schildern. Die werden dann in ein Rückmeldetool eingepflegt, das mit künstlicher Intelligenz (KI) arbeitet. „Wir haben die Nachteile der Bürokratie mit den Stärken der KI kombiniert“, erklärt IHK-Rechtsexperte Andreas Kiontke. Die KI sei immer nur so gut, wie die Daten, mit denen sie gefüttert werde. Den Wust aus Hunderten von Einsendungen untersuchte die KI schließlich auf Muster hin. Melden möglicherweise

gleich mehrere Unternehmen das gleiche Problem? Und vor allem: Welche Lösung lässt sich daraus ableiten?

Die IHK hat zudem das gesamte baden-württembergische Landesrecht in das Tool geladen und nach bürokratischen Mustern durchforsten lassen. Mit den konkreten Verbesserungsvorschlägen gehen Kiontke und seine Kollegen zur Politik. Das führte bereits zu ersten Erfolgen. „Wir haben grundsätzlich den Eindruck, dass unsere Initiative positiv aufgenommen wird“, sagt Kiontke. Die Politikerinnen und Politiker seien oft auf der Suche nach konkreten Hinweisen und hätten selbst an vielen Stellen den Überblick über die grassierenden Belastungen verloren.

Fitnesskur für Deutschland - so gehts weiter

12. Juli Teil 3: Energiepreise und Netze

19. Juli Teil 4: Infrastruktur

26. Juli Teil 5: Steuern

2. August Teil 6: Fachkräfte und Demografie

Was wir von anderen lernen können

Einige der Vorschläge haben es sogar in das neueste Bürokratieentlastungsgesetz IV der Ampel-Regierung geschafft. So kompliziert der Bürokratieabbau

wirken mag, so einfach sind manchmal die besten Lösungen. Alles, was es in diesem Fall braucht, sind eine KI und eine Menge Daten. Über das Rückmeldetool der IHK Region Stuttgart berichtete vor Kurzem sogar die „New York Times“ in einem Artikel mit der wenig schmeichelhaften

Überschrift „German Business is Tangled in Red Tape“. Oder: „Die deutsche Wirtschaft verheddert sich in der Bürokratie“.

Dabei wurzelt die Regulierungslust oft schon in EU-Vorgaben. Die laufenden Belastungen der Wirtschaft sind

aktuell zu 87 Prozent auf Regelungen aus Brüssel zurückzuführen. Und doch: Andere EU-Länder leiden interessanterweise oft weniger unter den Verordnungen. Liegt es am Ende doch wieder an Deutschland?

Zum Teil jedenfalls. Das zeigen mehrere Studien der Stiftung Familienunternehmen. Sie untersuchen, wie sich einzelne EU-Regeln auf die Bürokratiekosten von vier verschiedenen Mitgliedsstaaten auswirken.

Ein Beispiel ist die A1-Bescheinigung, die Angestellte jedes Mal ausfüllen müssen, wenn ihre Arbeitgeber sie ins EU-Ausland schicken – selbst wenn es nur für 24 Stunden ist. Die verschiedenen Staaten verlangen auf diesen Formularen unterschiedlich viele Informationen. In Italien dauert die Beantragung über 30 Minuten, in Deutschland etwa 26 Minuten und in

Österreich und Frankreich unter 20 Minuten. So entstehen auch unterschiedliche „Erfüllungskosten“. Auf ein ganzes Jahr gerechnet bedeutet allein dieses eine Formular für Deutschland einen zweistelligen Millionenbetrag an wirtschaftlichen Mehrkosten verglichen mit Österreich und Frankreich. Überhaupt könnte sich die Bundesrepublik durchaus Tipps bei anderen EU-Nationen abholen. So ist in vielen Ländern das „Once Only Prinzip“ längst etabliert. Dazu zählt Estland, ohnehin Pionier in der digitalen Verwaltung, aber als selbstständiger Staat eben auch deutlich jünger.

„Es ist banal, aber wir müssen einfach mehr miteinander reden und zusammenarbeiten“, sagt Dorit Bosch, Ministerialbeamte in einem Bundesministerium und Podcasterin. Auch sie hat eine einfach klingende Lösung parat: Wenn ein Gesetz

erlassen werde, müsse man schon vor dem Verfahren die Betroffenen fragen, wie es gemacht werden solle. „Zurzeit läuft es andersherum: Wir überlegen uns ein Gesetz und überraschen damit die Kommunen, die es umsetzen müssen“, so Bosch. So entstünden oft Gesetze zulasten Dritter. In ihrem Podcast „Let’s Staat“ spricht Bosch vor allem über Lösungen. Sie möchte veraltete Strukturen und Prozesse abbauen.

Die deutsche Verwaltung kann indes nicht bloß durch Einzelmaßnahmen modernisiert werden. Sie bräuchte einen Kulturwandel. Hier und da blitzt die Innovationsfreude immerhin schon auf, befeuert durch Experten wie Andreas Kiontke oder Dorit Bosch, die sich mit dem Status quo nicht zufriedengeben wollen. Doch die Wege zu weniger Bürokratie sind noch lang. Und die Papiertiger bislang ziemlich störrisch.